

Die Europäische Gemeinschaft — ab 1993 als "Festung Europa"?

Hermann J. Troll

"Die Vereinigten Staaten befürchten weiterhin, daß der europäische Binnenmarkt zu einer protektionistischen Haltung der Gemeinschaft gegenüber Drittstaaten führt. Am 24. Oktober 1988 z.B. vertrat der amerikanische Handelsminister, William Verity, die Auffassung, "1992" werde zu einem Ausschluß großer amerikanischer Banken, Automobil- und Textilunternehmen vom europäischen Markt führen... In diesem Zusammenhang wandte sich der amerikanische Staatssekretär energisch gegen das von der EG-Kommission angestrebte Prinzip der Reziprozität zwischen Handelspartnern..."¹⁾

"Protektionismus" heißt das wirtschaftspolitische Gespenst der Stunde und es scheint gerade die zu erfassen, die Freiheit des Handels, Demokratie und Liberalität auf ihre Fahnen geschrieben haben: Amerika, Europa, Japan. Noch ringen sie mit Arbeitslosenzahlen und den sprunghaft gestiegenen technologischen Anforderungen, da soll schon der Wettbewerb noch härter werden: Europa 92, der größte bisher dagewesene Wirtschaftsblock der Welt soll entstehen.

Amerikaner und Japaner werden nervös, andere bleiben skeptisch. Und die europäischen Randstaaten müssen sich anpassen oder Nachteile in Kauf nehmen. Man fragt sich: Was kommt da auf die Handelspartner der EG zu? Werden die Handelskonflikte zunehmen? Werden die Zollbarrieren nach innen abgebaut, um nach außen erhöht zu werden? Werden nur noch EG-nützliche Partner in den Vorzug der Handelsbe-

ziehungen kommen, wenn sie die neuen Bedingungen, Normen und Gesetze akzeptieren? Kann man noch Mitglied oder zumindest assoziiert werden?

Während im Innern der EG seit einigen Jahren hauptsächlich die Möglichkeiten des schrankenlosen Verkehrs für Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen hervorgehoben werden, steigen außerhalb die Befürchtungen und Vorwürfe. Der freie Binnenmarkt soll erst 1993 entstehen (und damit die Position der EG gestärkt werden), aber schon spricht man von "fortress Europe". Die erstarkende Schaltstelle der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel spricht von "Partner Europa", denn selbst dort gibt es Zweifel, wie weit man die ehrgeizigen Pläne für ein "Europa 92" bis dahin verwirklichen kann, dennoch sind viele Handelspartner nervös geworden. Warum also dieser Aufbruch und wohin?

A. Ein neuer Anfang?

"Bis zum 31. Dezember 1992 soll der Europäische Binnenmarkt vollendet werden. Nach Jahren der Skepsis und der Gleichgültigkeit hat die Aussicht auf eine Gemeinschaft ohne Binnengrenzen neue Begeisterung für Europa geweckt."²⁾

Auf den ersten Blick könnte man meinen, eigentlich habe sich nichts geändert. Die Grundziele des EWG-Vertrages von Rom 1958 — Aufrechterhaltung eines freien Handelsverkehrs, Sicherung der Rohstoff- und Energieeinfuhren, Entwicklung der Dritten Welt — wurden bestätigt. Nur die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1987 hat die Verträge etwas erweitert und den Zusammenhalt der Mitglieder gefestigt.

Die institutionelle Seite hat sich nicht geändert, nur der bisher schon existierende Europäische Rat wurde gesetzlich verankert und die einzelnen Institutionen wurden in ihrer Funktion und Wichtigkeit anerkannt.

Und: Die internen Schwierigkeiten sind auch nahezu unverändert: Frankreich als "politischer Motor" und die Bundes-

republik als "wirtschaftliche Lokomotive" gegen die bremsenden Briten; Streit um den Agrarhaushalt und Währungsausgleich sowie Erzeugerpreise wie eh und je; nationaler Egoismus hier, Bürgerpassivität da. Führende, visionäre wie pragmatische Persönlichkeiten haben seit den 50er Jahren gewechselt, Grundstrukturen kaum. "In den meisten Mitgliedsstaaten ist eine Mehrheit der Bürger zwar für die Vereinigung Europas, sie sind aber genauso oft gleichgültig gegenüber dem Auf und Ab Europas."³⁾

Zwei Tatsachen sind aber neu: Seit den 80er Jahren ist die EG durch die Beitritte Griechenlands (1981) und Spaniens und Portugals (1986) erheblich größer geworden und alle 5 Jahre werden (seit 1979) freie, direkte Wahlen durchgeführt.

Und ein weiteres hat sich entscheidend gewandelt: das internationale Umfeld. Die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR, der Aufstieg Japans, die Rolle der OPEC-Staaten, die Entwicklung der "Schwellenländer" wie etwa Brasilien, Taiwan, Südkorea haben die Situation auf dem Weltmarkt verändert. Während die Verschuldung der Entwicklungsländer und deren Armut nicht abnimmt, wird die Konkurrenz unter den Industriestaaten, besonders im Handelsdreieck USA — Japan — Europa, insbesondere auf dem Industriegütermarkt, zunehmend härter. Nur ein geeintes Europa kann auf Dauer diesem Druck standhalten, nicht wie früher, ein zersplittertes. Während Handelsungleichgewichte früher eher Randthemen waren, sind Handelskonflikte und der Ruf nach Protektionismus heute keine Seltenheit. Gewollt oder ungewollt — Europa steht dazwischen.

B. Die Situation der europäischen Länder heute

"Keines der EG-Länder ist stark genug, um mit den Wirtschaftsriesen — den Vereinigten Staaten als etablierter und Japan als aufstrebender Wirtschaftsmacht — mitzuhalten oder um die Konfrontation mit den Schwellenländern zu verkraften,

deren Industrialisierung rasch vorstatten geht und die über billigere Arbeitskräfte verfügen als wir. Ein Alleingang würde wirtschaftlichen und sozialen Niedergang bedeuten. Hinzu käme das politische Vakuum: Bei einer Wirtschaftskraft, die kaum unter der der Vereinigten Staaten liegt und doppelt so groß ist wie die der Sowjetunion, ist Europa (dennoch) neben den beiden Großmächten auf der Weltbühne ein Leichtgewicht. Wir brauchen Europa also, um nicht an Gewicht und Wohlstand einzubüßen."³⁾ Wirtschaftliche, politische und soziale Zukunft scheinen den maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Kreisen also gefährdet. Inflationsraten, Arbeitslosenzahlen und Wachstumsrate zeigen die europäische Stagnation ebenso wie die teilweise zurückgefallene Wettbewerbsfähigkeit in einigen Bereichen, besonders in der Hochtechnologie, in der Elektronik, in der Biotechnologie.

"In einigen Bereichen beherrschen die Konkurrenten den europäischen Markt: Acht von 10 Computern stammen aus den USA, neun von 10 Video-Recordern aus Japan. Integrierte Schaltkreise kommen zu 60% aus den USA, zu 30% aus Japan."⁴⁾ Und selbst renommierte europäische Großkonzerne wie Siemens, Philips oder SGS-Thomson müssen zugeben, daß sie um den Anschluß an Japan und Amerika in einigen Bereichen kämpfen müssen.⁵⁾

Die Kluft zwischen Forschungspotential und verwertbaren Ergebnissen wurde seit den 80er Jahren immer größer, aus Rezessionsgründen wie auch aus Strukturgründen: alte Industrien wurden zu lange subventioniert, Steuern und Löhne sind zu hoch, notwendige Investitionen wurden nur zögernd getätigt. Kleinstaaterei und nationalistisches Denken verzögerte den Aufbau eines großen Binnenmarktes. Die EG mußte aus ihrer Stagnation befreit werden und einem neuen Ziel zugeführt werden, was aber nicht mehr nur rein wirtschaftlich, sondern auch politisch und sozial, und umweltschutzmäßig neu und weitreichender definiert wurde. Das geschah seit der Mitte der

80er Jahre und hat Aktivität entfaltet. Aber was von innen als Selbstschutz gesehen wurde, wird von außen kritisch beäugt.

C. Was will die EG?

I. Die internen Probleme besser unter Kontrolle bringen

Europa steht politisch im Spannungsfeld zwischen Ost und West, man fühlt sich bedroht, ja vielleicht sogar gefährdet. Man kann und will keine Supermacht werden, aber man muß der Zersplitterung auf vielen Gebieten, der Doppelarbeit bei neuen Entwicklungen, den nationalen Egoismen, der Umweltbelastung und den sozialen Problemen gemeinsam entgegenwirken. Die Chance dazu sah man und sieht man in der Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Nur dann würde man stärker, weniger gefährdet. Aber das geht auch nach 30 Jahren und bei 12 Mitgliedsstaaten nicht ohne Reibereien, ohne Kompromisse, ohne zeitliche Verzögerung.

Einige Schwerpunkte:

1. Trotz Zollunion seit 1968 und freiem Austausch von agrarischen Produkten innerhalb der EG, und gemeinsamem Außenzolltarif, bleibt zunächst weiter der Agrarsektor das große Sorgenkind der EG. Wie kann man die Ausgaben für den Agrarhaushalt, die rund rund 2/3 des gesamten EG-Budgets betragen, senken, ohne den freien Handel zu behindern, die Versorgungssicherstellung zu gefährden, die Einkommen der Landwirte und deren Existenz zu gefährden, dabei aber gleichzeitig die Marktpreise stabil halten, die Produktivität erhöhen und die Überschüsse mit vertretbaren Maßnahmen abbauen, bei ständigem Druck der Weltmarktpreise? Die Ziele sind von allen Partnern anerkannt und festgelegt, die Methoden dagegen umstritten, obwohl man, trotz großer regionaler Unterschiede in der Agrarstruktur der einzelnen Mitglieder und unterschiedlicher nationaler Haltungen, die "Agrar-

preispakete" — so auch 1989/90 — verbindlicher und effektiver gestaltet hat.

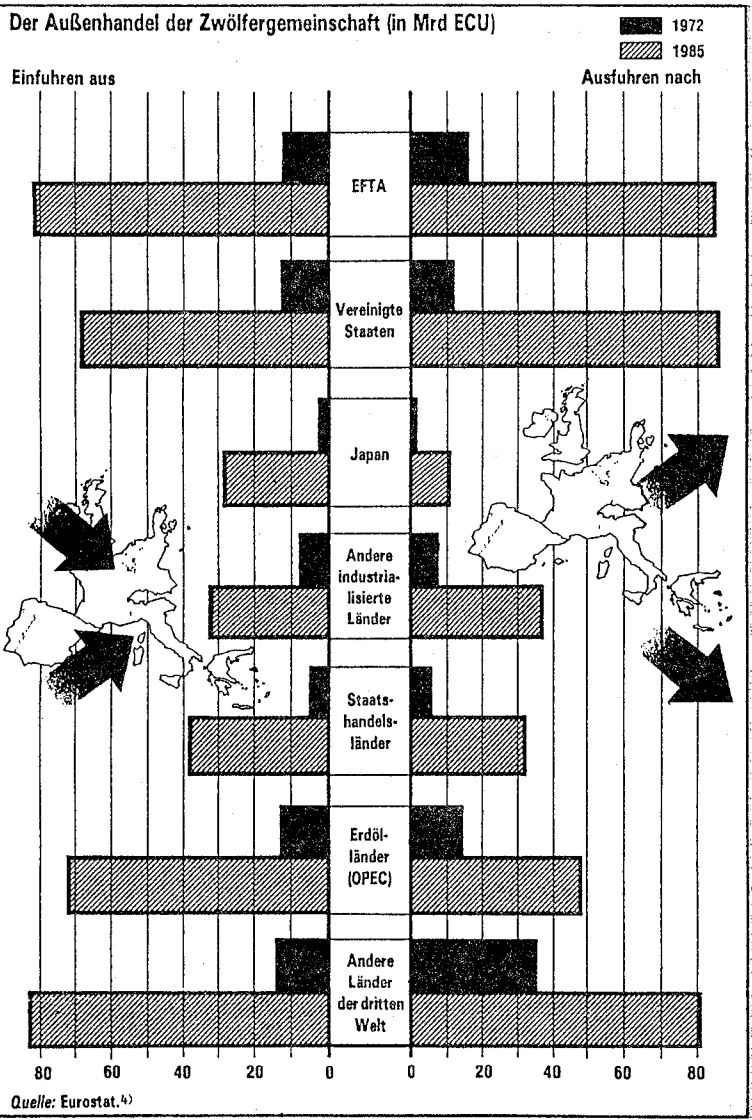
2. Die Finanzen und deren Entwicklung bereiten — von Land zu Land in unterschiedlichem Maße — Kopfzerbrechen. Mehr noch aber bei der "Haushaltsbehörde" der EG, im ständigen Streit zwischen Rat und Europäischem Parlament über Agrar-, Struktur- und Regionalfonds, über Zahler und Empfänger. Bekanntlich gehört die Bundesrepublik zu den Hauptzahlern.

Haushalt der Europäischen Gemeinschaften 1986
(75,6 Milliarden DM — in prozentualer Aufteilung)

<i>Einnahmen aus</i>		<i>Ausgaben für</i>	(1986)	(1988)
Zuckerabgaben	3.1%	Agrarbereich und Fischerei	65.7%	70.9%
Agrarabschöpfungen	4.5%	Regionalpolitik	7.3%	7.8%
Zölle	27.6%	Sozialpolitik	7.5%	7.0%
Mehrwertsteueranteil	63.3%	Entwicklungspolitik	3.3%	2.1%
Sonstiges	1.5%	Verwaltungskosten	4.6%	4.9%
		Sonstiges	9.4%	4.4%
		Forschung, Energie, Industrie, Technologie	2.2%	2.9%

Daten nach 4) und 5)

3. Der gemeinsame Umweltschutz wurde zu einem wichtigen Thema erklärt und soll EG-intern institutionalisiert werden (eine Umweltagentur ist anvisiert), um den vermehrt auftretenden Problemen besser und schneller entgegenzutreten zu können. Dabei sind allerdings die Kompromisse schwer, da nationale Interessen und nationale wie internationale Industrielobby starke Gegenspieler sind.
4. Ähnliches gilt für die "soziale Dimension" der EG, eine Devise, die noch gar nicht so alt ist, aber zunehmend wichtiger wird für ein reibungsloses Zusammenwachsen der 12. Die regionalen Unterschiede und verschiedenen Standards müssen ausgeglichen werden, um ein gemeinsames, starkes Europa schaffen zu können. Aber man steht noch ziemlich am Anfang: "Sozialdumping" ver-



meiden, die Arbeitsbedingungen verbessern, geographische und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer verbessern, eine europäische Sozialcharta verabschieden, heißen die großen Ziele. Dennoch sind Arbeitgeber wie Arbeitnehmer aus ganz verschiedenen Gründen in verschiedenen Ländern skeptisch.

5. Das Thema "Beschäftigung" ist, trotz verschiedener Lösungsversuche, nach wie vor das Damoklesschwert für alle politisch Verantwortlichen.
6. Technologische Rückstände müssen aufgeholt werden. Verschiedene Programme dafür laufen, aber die kosten Geld. Und dabei soll nach alter europäischer Tradition "der Staat" der Hauptfinanzierer sein, aber der hat auch andere Projekte.
7. Verstärkte wirtschaftliche Kooperation setzt eine Liberalisierung des Auftragswesens, des Geldwesens, der Steuerharmonisierung, der zollunabhängigen Handelserschwer-nisse voraus, aber da tut man sich noch schwer.
8. Und das "Europa der Bürger", das Ziel der Bewußtmachung, daß Europa im Jahre 2000 anders sein soll als heute, macht kaum Fortschritte. Der Bürger weiß zu wenig (oder will nicht wissen?), was da in Brüssel, Luxemburg oder Straßburg für ihn oder gegen ihn in Szene gesetzt werden soll oder schon wird. Da *er* bisher wenig Konkretes gesehen hat, was *ihm* positiv oder hilfreich erschienen ist, hofft er erst einmal, keine Nachteile mögen ihm daraus erwachsen.

II. Nach außen "mit einer Stimme sprechen" und als

Wirtschaftsblock seinen Hauptanliegen Nachdruck verleihen Europa als "wirtschaftlicher Riese, aber politischer Zwerg". Wird sich das ändern?

Allen Voraussagen nach wird der "Riese" ab 1993 noch stärker. Durch den Wegfall der europäischen Binnenschranken können 200 Milliarden ECU (1 ECU=2,081 DM) oder

4,5% des Brutto-Inlandsproduktes der EG eingespart werden, errechnete die Cechini-Studie "Der Vorteil des Binnenmarktes".⁶⁾ Ein Wachstumsschub, der sich besonders auf dem Dienstleistungsmarkt auswirken wird, soll in der Zwölfergemeinschaft mindestens zwei Millionen Arbeitsplätze entstehen lassen und die Verbraucherpreise um 6% sinken lassen. Trotzdem werden die Umsätze um ca. 5% steigen. Nachdem administrative Schranken und Grenzverzögerungen der Vergangenheit zugerechnet werden, unterschiedliche Mehrwertsteuersätze und nationale Normen unter einem einheitlichen Gemeinschaftsrecht keine Probleme mehr bereiten, sollen Güter-, Personen- und Kapitalverkehr keine Hindernisse mehr kennen. Die öffentlichen Schuldenberge würden, unter dem Einfluß des zu erwartenden Aufschwunges, schrumpfen und: "In einer Weltwirtschaftslage, die von gigantischen Haushaltsdefiziten und Rezessionsängsten in den USA sowie einem unberechenbaren Dollarkurs überschattet wird, könnte ein dynamischer europäischer Markt eine Schlüsselrolle übernehmen. Die Gemeinschaft könnte von ihren wichtigsten Handelspartnern, insbesondere den USA und Japan, eine angemessene Gegenleistung erwarten. Wenn alle Handelsnationen von den Vorteilen des europäischen Binnenmarktes profitieren sollen, ist es nur recht und billig, daß auch die Verantwortung für die weltweite Wirtschaftsentwicklung auf mehrere Schultern verteilt wird. Maßnahmen zur Öffnung der Märkte müssen deshalb auf dem *Prinzip der Gegenseitigkeit* beruhen."⁶⁾

Mit einem Anteil von 22,4% am Weltexport lag die Gemeinschaft 1986 schon vor den USA mit 14,1% und Japan mit 13,7% an der Spitze im Welthandel, der sich 1987 wie folgt aufgliederte: Europa 20%, USA 16,8%, Japan 9,6%, Sonstige 53,6%.

Ein Verbrauchermarkt und Bevölkerungsblock von über 320 Millionen Einwohnern, der über freie, direkte Wahlen sich

in einem eigenen Parlament repräsentiert sieht, will aber auch zunehmend nach außen sich bemerkbar machen. Zum Beispiel formuliert das Europäische Parlament einige seiner Hauptanliegen wie folgt:

- dem Protektionismus entgegenwirken,
- Japan dazu veranlassen, seine Exporte in die EG zu begrenzen und seinen Markt europäischen Erzeugnissen zu öffnen,
- die Abhängigkeit der EG von Ölimporten verringern,
- den Entwicklungsländern durch ein großzügigeres Präferenzsystem helfen und die Bemühungen um ein Rohstoffabkommen vorantreiben,
- das Lomé-III-Abkommen erfolgreich in die Tat umsetzen . . .
- die entwickelten Länder darauf hinweisen, daß ihre Agrarpolitik keine protektionistischen Auswirkungen auf andere Länder hat,
- der Gefahr protektionistischer Handelsgesetze in den USA begegnen; hierbei darf es jedoch nicht zu einem Handelskrieg kommen,
- die Abkommen über Handel und Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern, Lateinamerika, den ASEAN-Staaten und den nichtassozierten Staaten weiterentwickeln,
- Vorkehrungen gegen unfaire Handelspraktiken, wie z.B. Dumping, treffen sowie die Handelsbeziehungen zu osteuropäischen Staaten verbessern.⁷⁾

Auch wenn man davon ausgeht, daß die Entschließungen des Europäischen Parlaments (EP) noch nicht immer direkten Einfluß auf die jeweiligen Entscheidungen im Europäischen Rat und im Ministerrat der EG haben, so stellen sie doch ein gemeinsames Bindeglied zwischen Rat, EP und der Kommission dar, die als Exekutive die jeweiligen Beschlüsse im Sinne des Europäischen Parlamentes ausführen und überwachen wird.

C. "Fortress Europe" und die Nichtmitglieder heute

Wie sieht es bis heute in der Praxis aus? Lassen sich Schlüsse auf 1993 schon ziehen? Sind die Befürchtungen gerechtfertigt? Betrachten wir zuerst geographisch naheliegende Länder. Etwas dramatisch schrieb der Spiegel 1987 (Nr. 46, S. 195): "Deutlich wie nie zuvor erleben die Länder an der Peripherie des Zwölfer-Europa, was es künftig bedeuten wird, in unmittelbarer Nähe des Wirtschaftsriesen EG zu leben. Der im Sommer dieses Jahres (1987) in Kraft getretene Beschluß, 1992 in der Gemeinschaft einen gemeinsamen Binnenmarkt einzuführen, hat die bisher abseits stehenden Nachbarn aufgeschreckt. Der mit insgesamt 322 Millionen Einwohnern größte Handelsblock der Welt will in fünf Jahren einen entscheidenden Schritt vorankommen: Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen sollen dann im EG-Raum frei verkehren können. Stoppen können Europas Außenstehende diesen Zug nicht mehr. Deshalb versuchen sie nun aufzuspringen, um nicht in wirtschaftlicher Isolation zurückzubleiben."

1. Am unmittelbarsten davon betroffen wären die angrenzende Republik Österreich und die Eidgenossenschaft der Schweiz, aber auch skandinavische Staaten. Wie reagieren sie? Mehr als 60% der österreichischen Exporte gehen in die EG, fast 70% kommen von dort. Zu einem großen Teil lebt Österreich auch vom N-S-Tourismus in Europa. Politisch, wirtschaftlich und kulturell ist es lange eng mit Deutschland verbunden. Trotzdem glaubte man lange, aus politischen Gründen nicht der EG beitreten zu können. Der Staatsvertrag mit den Siegermächten von 1955 sieht ein unabhängiges, neutrales Österreich vor. Nach langen und harten innenpolitischen Auseinandersetzungen hat man aber im Juli 1989 doch den Beitrittsantrag zur EG eingereicht, denn ein Nichtbeitritt bis 1993 hätte wirtschaftlich für Österreich unabsehbare Folgen, oder umgekehrt: man ginge vieler Vorteile verlustig. Obwohl Österreich als EFTA-Mitglied schon viele

Vorzüge der EG genießt, wird der Beitrittsantrag nach für alle geltenden Richtlinien überprüft. Dabei ist bisher die Haltung der Sowjetunion hinsichtlich des Neutralitätsstatuts der Republik Österreich mit einem Fragezeichen versehen.

2. Die "immerwährend neutrale" Schweiz hat dieses Problem weniger, denn sie will vorerst nicht beitreten.

Dennoch, oder gerade deswegen, "hoffen und bangen" die Schweizer um Europa '92: "Die für 1992 geplante Weiterentwicklung zu einem europäischen Binnenmarkt wird von den Schweizern als Chance und Herausforderung, aber auch als Bedrohung empfunden. Sie wollen teilhaben, ohne beizutreten und ohne ihre politischen Grundsätze der Neutralität, der direkten Demokratie und des Föderalismus in Frage stellen zu lassen."⁸⁾

Die Schweizer zeigen aber ein wachsendes Interesse am Aufbau von Niederlassungen in der Bundesrepublik, dem für sie wichtigsten Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft, wollen aber auch deshalb nicht beitreten, um die kleineren und mittleren Unternehmen, die keine Niederlassungen in der EG haben, zu schützen und die eigene Agrarpolitik nicht zu gefährden. Während die EG-Seite die Entscheidungen über wirtschaftliche und handelspolitische Angleichung den EFTA-Ländern überlassen will, denkt man in der Schweiz an die Schaffung eines homogenen Wirtschaftsraums von 18 europäischen Mitgliedsstaaten, d.h. einer Freihandelszone aller EG- und EFTA-Staaten, wobei man besonders auf den Gebieten Verkehrswesen, Umweltschutz und Finanzdienstleistungen zu einer gegenseitigen Öffnung bereit wäre. Die Verhandlungen werden sicher Vorteile für beide Seiten bringen, auch wenn hier wie da z.B. über zu hohe Lohnstückkosten, zu viele staatliche Regelungen und eine zunehmende Belastung durch eine bürokratische Umweltschutzpolitik noch geklagt wird.

3. Selbst gewollte Neutralität verhindert vorerst auch den Bei-

tritt des EFTA-Landes Schweden, obwohl heute schon jeder dritte Beschäftigte in der schwedischen Industrie für den EG-Markt arbeitet und schon 1986 57% aller schwedischen Importe aus der EG kamen und 50% aller Ausfuhren in diesen Raum gingen.⁹⁾ Während die sozialdemokratische Regierung in Stockholm noch an keinen Beitritt denkt, kaufen sich jedoch schon viele Unternehmer im Nachbarland Dänemark, einem EG-Mitglied, ein und bereiten sich somit auf Produktion und Handel im EG-Binnenmarkt vor.

4. Während Finnland aufgrund seiner besonderen Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber sich der EG nur langsam nähern können, ist schon seit fast 20 Jahren die Haltung der Norweger diesbezüglich gespalten. Die politische Seite wollte schon 1973 den Beitritt, der aber durch ein Volksreferendum blockiert wurde. Und auch heute noch wagt man nicht an Wunden aus diesen internen Kämpfen zu rühren, obwohl heute über 70% der Ausfuhren in die Gemeinschaft gehen, davon fast die gesamte Erdöl- und Erdgasproduktion.

Während formell (außer Österreich) keines der EFTA-Mitglieder in nächster Zeit an einen Beitritt zu denken scheint, fordern alle, auch Finnland und Island, den freien Zugang zum EG-Markt und wollen "alle Formen der Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft ausnutzen", was aber ohne eine gewisse Anpassung an die innere Entwicklung des EG-Marktes ab 1992 schwerer werden könnte, obwohl die EFTA fast als 13. EG-Mitglied zu betrachten ist.

5. Was im Norden schon lange die Regel ist, nämlich intensive Handelsbeziehungen und politischer Gedankenaustausch, ist im Osten noch in den Anfängen. Seit "Glasnost" und "Perestroika" aber die UdSSR erfaßt haben, ist man auch dort in einem Umdenk- und Umorientierungsprozeß, der zunehmend intensivere handelspolitische Gespräche zwischen der EG und einzelnen Ostblockländern erlaubt. Erste

Ergebnisse besserer Beziehungen in dieser Hinsicht sind schon mit Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei erzielt worden, und sogar die Sowjetunion wünscht inzwischen rapidere Fortschritte in den Verhandlungen mit der EG. Natürlich stehen dabei in erster Linie kommerzielle Aspekte im Vordergrund, aber auch Technologie und Forschung, nukleare Sicherheit, Umwelt- und Agrarprobleme sind schon Gesprächsthemen.¹⁰⁾

6. Einem Beitritt der Türkei stehen bevölkerungspolitische Probleme und die Frage der Menschenrechte noch im Wege. Aber auch hier, wie bei anderen Ländern und Staatengruppen, ist die EG relativ offen in ihrem Handelsverkehr durch Präferenz- und Kooperationsabkommen, was sich in Zollpräferenzen, z.B. mit anderen Mittelmeerländern und den Golfstaaten, oder in Abkommen bezüglich Handel und technischer Zusammenarbeit, z.B. mit der ASEAN- oder ANDEN-Gruppe, äußert. In den Abkommen von Lomé mit den 66 ärmsten Staaten in Afrika, im Pazifik- und Karibikraum, wird weitgehend zollfreier Zugang zum EG-Raum gewährt, eine Stabilisierung der Exporterlöse und technische Zusammenarbeit garantiert, allerdings verstärkt auch mit Hinweisen auf die Menschenrechtssituation in manchen dieser Staaten. Die Handelsbilanzen mit den Entwicklungsländern im allgemeinen scheinen durchaus nicht immer positiv für die EG zu sein, dennoch soll der EG-Markt offen bleiben im Rahmen eines Abbaus der Nord-Süd-Spannungen auf der Erde, einer Verbesserung der Situation der armen Nationen der Welt.

7. Bleibt noch das seit einiger Zeit gespannte Welthandelsdreieck Europa-Amerika-Ostasien.

“Amerikanern und Japanern schwant Schlimmes: Je enger die Europäer wirtschaftlich zusammenwachsen, um so verbissener werden sie sich gegen Einfuhren aus den Vereinigten Staaten oder den Ländern Asiens zur Wehr setzen.

Auf dem alten Kontinent werde, so die Befürchtung, emsig an Importbarrieren gebaut. Als Bestätigung sehen die Amerikaner das europäische Importverbot für ihr hormonbehandeltes Rindfleisch an."¹¹⁾

Die Schaffung eines freien Binnenmarktes wird natürlich zur Stärkung der Wirtschaftsmacht Europa beitragen. Zudem werden gegenwärtig Normen und Standards, besonders für Industrieprodukte vereinheitlicht und nationale Einfuhrbeschränkungen durch EG-Quoten ersetzt, wird z.B. entschieden, unter welchen Voraussetzungen sich künftig ausländische Banken in der Gemeinschaft niederlassen dürfen, unter welchen Bedingungen öffentliche Aufträge, z.B. im Telekommunikationssystem oder im Schnellbahnnetz an Nichteuropäer vergeben werden sollen, wie der Agrarsektor weiter stabilisiert werden kann u.v.a.m. Dennoch scheint die Angst vor einer undurchdringlichen Großkonzernierung Europas, auch ab 1993, wenig begründet.

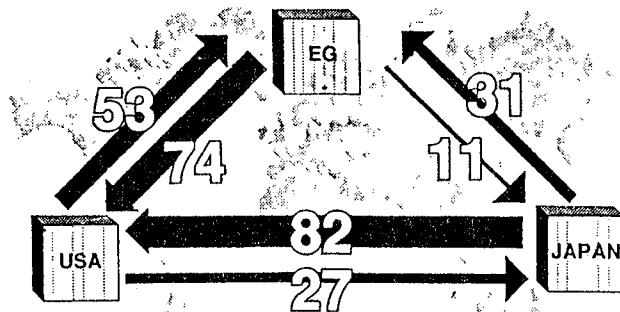
Zwar ist dann eine Aufspaltung in nationale Volkswirtschaften mit verschiedenen Ansprüchen ("Divide et Impera") nicht mehr so leicht möglich. Schon aber sitzen viele außer-europäische Konzerne innerhalb des Gemeinschaftsbereiches: Nestlé (Schweiz), japanische Banken und Nissan, amerikanische Telekommunikationsgesellschaften u.a., deren Investitionen steigen. Und andere ausländische Tochtergesellschaften sind eifrig dabei, sich weitere Basen in EG-Ländern zu schaffen.

D. Tendenz und Notwendigkeit

"Europa wird offen sein, aber nicht zum Nulltarif" heißt es von offizieller EG-Seite (J. Delors, Straßburg, 17.1.1989)¹²⁾, dennoch liegt es nicht in der Absicht der 1987 verabschiedeten "Einheitlichen Europäischen Akte" einen Wall zu errichten. Drittens besteht bezüglich protektionistischer Maßnahmen innerhalb der EG-Mitgliedsstaaten Uneinigkeit: Die Briten, Nieder-

länder, Luxemburger, Belgier und Deutschen lehnen sie strikt ab. Und viertens: Selbst wenn Anti-Dumping-Maßnahmen gefordert und beschlossen werden sollten, so basieren sie auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und werden punktuell und temporal begrenzt sein. Europa, auch ein geeintes, ist rohstoffmäßig, technologisch und finanziell zu sehr mit dem Weltmarkt, und dabei wiederum mit den USA und Japan verbunden, als daß eine Abschottung, gegen welche Staaten auch immer, auf Dauer möglich oder sinnvoll wäre. Zur Zeit arbeitet die Europäische Gemeinschaft eher in die Gegenrichtung: Öffnung auch nach Osten, Kooperations- und Freihandelsabkommen mit sovielen Staaten wie möglich, Verhandlungen mit den Konkurrenten.

Das Handelsdreieck EG–USA–JAPAN Warenströme 1986 in Mrd. Dollar,



“Die Vernunft gebietet Ihnen wie den Europäern, das weltwirtschaftliche Fundament für die 90er Jahre in dem Dreieck USA — Japan — EG zu betonieren. Japaner wie Europäer (und Amerikaner) müssen Krankheitskeime und Mängel beseitigen, die da sind: Handelshemmnisse, überzogene Ungleichgewichte, Technologierückstände... Die Welt der 90er Jahre, vor allem der Jahrtausendwende, benötigt offene Grenzen und eine wirklich freie Weltwirtschaft...” meinte Dr. Franz Oexle in Tokio im

Januar 1989¹⁴⁾ und gegenwärtig sieht es nicht so aus, als ob die Europäische Gemeinschaft eine gegenteilige Meinung oder Absicht hätte.

Resümee:

Europa 92 — ein großer Markt der Hoffnungen wie der Sorgen und Befürchtungen. Während mancher EG-Bürger Arbeitsplatzverluste, mehr Bürokratie, höhere Steuern, den Verlust politischer Selbständigkeit und kultureller Eigenständigkeiten erwartet, vermutet manches Nichtmitglied zunehmend Nachteile, wenn es ab 1993 nicht dabeisein kann. Die Assoziierungsgrade und Handelsabkommen sind von Land zu Land oder Wirtschaftsgruppe zu Wirtschaftsgruppe unterschiedlich, doch kaum ein Land behauptet zur Zeit, es sei oder werde ausgeschlossen von Europa. Das Schlagwort "fortress Europe" wird von Fachleuten als europäisch-amerikanisches Problem, eher noch als Schimäre gesehen, die verschwinden wird. Europa wird zwar 1993 und danach sicherlich noch mehr Welthandelsanteile für sich beanspruchen können, wird technologische Rückstände schneller aufholen können, wird Handelsbilanzen ausgleichen wollen und unfairen Handelspraktiken (in seinem Sinne) immer mehr entgegen wirken. Es wird aber gleichzeitig die Liberalisierung nicht nur nach innen richten, sondern ebenso nach außen: Alle Anzeichen heute deuten daraufhin, daß zwar ab 1993 die Konkurrenz auf dem Weltmarkt noch härter werden dürfte und daß dabei auch die EG als Wirtschaftsblock ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Stärke nicht verhehlen wird, zugleich aber ein offener Markt und in vieler Hinsicht ein liberaler Partner bleiben will.

Zitate und Werke zur Referenz

Da eine Fülle von aktuellen Presseberichten und EG-Schriften zu diesem Thema gesichtet wurde, können hier nur zentrale Artikel bzw. Bücher angeführt werden, bes. die zitierten.

- 1) Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

- Perspektive 92/6. Luxemburg, September 1988
- 2) Presse- und Informationsbüro der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, EG-Binnenmarkt. Bonn/Berlin/München 1988
 - 3) Europäisches Parlament (Information und Öffentlichkeitsarbeit), Wir brauchen Europa. Luxemburg, Juni 1987
 - 4) Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen Nr. 213 — Die Europäische Gemeinschaft. Bonn November 1986
 - 5) Nach: Spiegel, Nr. 17/1989, S. 118 ff
 - 6) Paolo Cecchini, Europa '92 — Der Vorteil des Binnenmarktes. Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 1988
 - 7) Europäisches Parlament (Information und Öffentlichkeitsarbeit), Das Europäische Parlament und der Außenhandel. Luxemburg 9/1987
 - 8) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 3. 1988, S. 13
 - 9) Nach: Spiegel, Nr. 46/1987, S. 195 ff.
 - 10) Japan Times, 22. 7. 1989, S. 10
 - 11) Spiegel, 3/1989, S. 76 ff., Die Angst vor der "Festung Europa"
 - 12) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Perspektive 92/2
 - 13) Aus: "Information 18" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 10/1987
 - 14) Japanisch-Deutsche Gesellschaft e.V., Die Brücke. Tokyo, Mai 1989

Dazu — Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat — Schlüsselzahlen. Luxemburg 1989

— Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gemeinschaft, — Europa — Partner, Ziele, Bonn Mai 1988

— Europäische Dokumentation, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG,

— Die Gemeinschaft 1992: Ein Markt mit neuen Dimensionen, Luxemburg 1988